

PM: WUT statt Miteinander und Solidarität - KMK ignoriert Empfehlungen des RKI

Aufmerksam haben die Eltern, Lehrer*innen und Schüler*innen gestern den Empfehlungen des RKI und der Kanzlerin zugehört, dass man weiterhin auf Sicht fahren muss und eine schrittweise vorsichtige Eröffnung der Schulen ab dem 4.5. ermöglichen sollte. Das Aufatmen hatte noch nicht begonnen, als plötzlich die KMK die Empfehlungen ignorierte und jedes Bundesland wieder alleine entscheidet, ab wann sie mit der Öffnung der Schulen beginnen soll. Es macht den Eindruck, dass es der Kultusministerkonferenz (KMK) nicht gelingt, die Position von Millionen betroffener Familien einzunehmen, von denen viele nun tagtäglich ihre Gesundheit und ihr Leben zum Wohle aller riskieren und/oder unsere dringliche Unterstützung benötigen. Es zählt nur das Ziel, Abschlussprüfungen durchzuführen und dieser Maxime ist alles unterzuordnen.

Mit der schrittweisen Wiedereröffnung der Wirtschaft und Schulen, brauchen wir mehr Betreuungsangebote für die Familien. Hinzukommen die (derzeit viel zu wenig beachteten) ohnehin stark benachteiligten Schüler*innen mit einer Behinderung oder Erkrankung. On Top kommen nun viele weitere Schüler*innen, Lehrer*innen, weiteres schulisch relevantes Personal und deren Angehörige dazu, die zu den Risikogruppen zählen und für die nun neue besondere Konzepte zur Beteiligung und Unterstützung konzipiert werden müssen. All diese umfangreichen Herausforderungen und Aufgaben kommen auf die Schulen und Schulleitungen zu, die zeitgleich Betreuung, Homeoffice, Beschulung, Reinigung, Hygiene und vieles mehr neu beachten, organisieren, planen, anbieten und bewerten sollen!

Damit wird einmal mehr deutlich, dass Schule schon lange nicht mehr nur Lernort, sondern Lebensort der Schüler*innen und Familien ist. Diesen Bedarf hätte die KMK erkennen müssen und nicht Prüfungen vor dem Wohl aller anderen stellen dürfen. **Alle Kinder haben ein Recht auf Bildung und Betreuung. Dieses Recht ist höher zu bewerten als die Durchführung von Prüfungen.** Die Schulen brauchen nun die Zeit und personellen Ressourcen, um in enger Abstimmung mit den Schulträgern, Jugendhilfe, Gesundheitsämtern und vielen weiteren Akteuren wie Reinigungspersonal, ÖPNV-Unternehmen usw. Konzepte zu planen und umzusetzen, damit in kleinen Schritten eine Wiedereröffnung nach Bedarf ermöglicht werden kann. Sie können nicht einfach vorhandene Curricula, Prüfungsunterlagen ziehen und weitermachen wie bisher. **Alles wird anders und neu und dazu braucht es einer besonderen Kraftanstrengung und die Hilfe aller Beteiligten.** Dies gelingt aber nur mit den Eltern, Lehrerkräfte und allen anderen Akteuren gemeinsam und nicht per Dekret der KMK. So schwer es den Akteuren offensichtlich fällt die Brille zu wechseln und den augenblicklichen lebensnotwendigen Bedarf der Familien zu erkennen, hätte dieser Druck nicht entstehen dürfen.

Nun ist die Ministerin unter Zugzwang und muss Prüfungen durchführen, komme was wolle, egal ob die Fallzahlen wieder steigen, ob Schüler*innen, Lehrer*innen und Angehörige sich anstecken oder an den Prüfungen teilnehmen können oder bei den Vorbereitungen benachteiligt waren. Diese wichtigen Ressourcen hätten die Schulen für den schrittweisen Wiedereinstieg dringlich benötigt. Viele Familien, die derzeit weder aus gesicherten Einkommensverhältnissen schauen können oder besonders gefährdet sind oder ihre Gesundheit riskieren, hat das gestern extrem wütend gemacht. Der Zorn zeigt sich in einer Vielzahl an Rückmeldungen und heute gestarteter Petitionsschreiben. Die notwendige Solidarität aller wird damit gefährdet. Dies bedauern wir sehr und hätten uns gewünscht, dass gestern von der KMK nochmals alle eingegangen Argumente und Bedenken berücksichtigt worden wären und den Empfehlungen des RKI vertraut worden wäre.

Vorstand LEK NRW

Dortmund, 16.4.2020